

## **Gemeinsamer Antrag**

der ÖAAB-FCG-AK-Fraktion, der FSG-Fraktion, der FA-Fraktion und der NBZ-Fraktion an  
die 175. Vollversammlung  
der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg  
am 13. November 2015

### **Vorarlberg braucht leistbaren Wohnraum**

Wenn es ums Wohnen geht ist Vorarlberg ein teures Pflaster. Das bestätigt jetzt auch eine groß angelegte Erhebung, bei der erstmals das Verhältnis der regionalen Kaufkraft pro Haushalt und der Wohnkosten in 101 Bezirken untersucht wurde. Demnach müssen Herr und Frau Österreicher derzeit im Schnitt 29 Prozent ihres Nettoeinkommens für die Wohnkosten veranschlagen. Kostspielig neben Wien ist vor allem der Westen. Neben Salzburg Stadt, Innsbruck und Kitzbühel sind es vor allem die Bezirke Feldkirch, Bregenz und Dornbirn, die als „Hotspots“ gelten. Will heißen: Hier ist das Wohnen gemessen am Einkommen wesentlich teurer als im Österreich-Durchschnitt.

Die Fraktionen von ÖAAB-FCG, FSG, FA und NBZ in der AK Vorarlberg fordert deshalb schon seit Jahren Maßnahmen, damit Wohnen für die Menschen im Ländle wieder leistbarer wird. Konkret fordern wir:

- Der Zwang zum Passivhaus-Standard im sozialen Wohnbau muss abgeschafft werden. Denn durch die überbordenden Anforderungen sind auch die Wohnungen der sozialen Wohnbauträger mittlerweile so teuer, dass sich diesen Wohnraum viele schon nicht mehr leisten können.
- Zweitens soll es eine Deregulierung dahingehend geben, dass sämtliche technischen Vorschriften in einer eigenen Vorarlberger Bautechnikverordnung geregelt sind. Damit kommt man weg von den OIB-Vorschriften und hin zu weniger Bürokratie und damit zu niedrigeren Kosten. In den Genuss der Wohnbauförderung sollte man künftig nur dann kommen, wenn die Vorschriften der Vorarlberger Bautechnikverordnung erfüllt werden.

Zur Erinnerung: Nach dem Wohnbaugipfel des Landes im Jahr 2013 hatte Landesstatthalter Rüdiger angekündigt, Vorarlberg werde einen stärker eigenständigen Weg gehen, wenn zu wenig Erleichterungen erreicht werden, um leistbares Wohnen zu ermöglichen. Dieser Ankündigung sollten jetzt definitiv Taten folgen, denn billiger ist das Wohnen im Ländle seither nicht geworden.

**Die 175. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg fordert das Land Vorarlberg auf, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, damit im Land ausreichend leistbarer Wohnraum geschaffen werden kann. Vorrangig wäre die Abschaffung des Zwangs zum Passivhausstandard im sozialen Wohnbau sowie die Schaffung einer eigenen Vorarlberger Bautechnikverordnung, an der sich auch die Wohnbauförderung orientiert.**